

**01) Afghanen sollen im Rahmen einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 umgesiedelt werden**

Von Loretta Tóth

31. 08. 2021



Afghanen, die ihr Land nach der Machtübernahme der Taliban verlassen wollen, versammeln sich am 19. August 2021 auf dem Flughafen von Kabul - *Foto: MTI/Magyar Nemzet*

Mehr als ein halbes Hundert Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) wollen, dass die Europäische Kommission (EK) ein EU-Gesetz durchsetzt, das vor 20 Jahren entworfen, aber nie in der Praxis angewendet wurde. Sie argumentieren, dass die so genannte Richtlinie über den vorübergehenden Schutz perfekt auf Krisensituationen wie den Massenzustrom von Afghanen, die vor der Taliban-Herrschaft fliehen, anwendbar wäre.

Bereits im Sommer 2001 hat der Europäische Rat im Einvernehmen mit der EG und dem EP eine Richtlinie über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Aufnahme dieser Personen angenommen. Die Rechtsvorschriften sollen Flüchtlingen helfen, die vor den Kriegen in Jugoslawien und im Kosovo geflohen sind, so dass die EU berechtigt ist, Menschen, die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten ankommen, sofort Asyl zu gewähren, ohne dass sie in den repressiven Asylverfahren gefangen sind. Nach der Richtlinie ist der „vorübergehende Schutz“ ein Ausnahmeverfahren, das dazu dient, Vertriebenen aus Drittländern, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, im Falle eines Massenzustroms dieser Personen sofortigen und vorübergehenden Schutz zu gewähren.

Dies ist insbesondere dann erforderlich, wenn die Gefahr besteht, dass das Asylsystem diesen Zustrom nicht bewältigen kann und somit nicht effizient funktioniert und die Schutzsuchenden nicht den Schutz erhalten, den sie benötigen.

Die Hauptverpflichtung der Mitgliedstaaten im Rahmen der Richtlinie besteht daher darin, den Personen, denen vorübergehender Schutz gewährt wird, einen sofortigen Aufenthaltstitel zu erteilen, wobei die ansonsten für ein solches Verfahren erforderlichen Formalitäten auf ein Mindestmaß reduziert werden, und die geschützten Personen dabei zu unterstützen, eine Arbeitserlaubnis, eine angemessene Unterkunft, eine medizinische Versorgung und das Recht von Kindern und Minderjährigen auf Zugang zum Bildungssystem unter denselben Bedingungen wie die Staatsangehörigen des betreffenden Mitgliedstaats zu erhalten. Alle EU-Länder außer Dänemark und Irland haben die Richtlinie unterzeichnet, die nach einem Beschluss des Europäischen Rates mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des EuGH in Kraft treten wird.

Obwohl die Richtlinie noch nicht umgesetzt wurde, haben 76 Abgeordnete des Europäischen Parlaments kürzlich an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, geschrieben und darauf hingewiesen, dass die EU als Verteidigerin der Menschenrechte die Geschehnisse in Afghanistan nicht ignorieren kann, da „unsere Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht“. Die Abgeordneten der Fraktionen der Linken, der Liberalen, der Grünen und der EVP sagen, dass „die sofortige Aktivierung der humanitären Korridore in dieser Hinsicht von größter Bedeutung ist“ und dass die Richtlinie über den vorläufigen Schutz „perfekt“ auf die Masseneinwanderung anwendbar ist, die aufgrund der Situation in Afghanistan erwartet wird.

*Obwohl die Richtlinie 2001 in Kraft getreten ist, wurde ihr Potenzial nie ausgeschöpft (...), so dass es an der Zeit ist, diese Untätigkeit zu beenden, und Afghanistan ist die perfekte Gelegenheit dazu*

- heißt es in dem Schreiben. Die Ernsthaftigkeit der Forderung der aus der Sommerpause zurückkehrenden Europaabgeordneten wird durch die Tatsache unterstrichen, dass Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die Anwendung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz auf Afghanen als eine der möglichen Lösungen erwähnte, als er kürzlich sagte: „Dies könnte der Zeitpunkt sein, um sie endlich anzuwenden.“

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 02) Europa bereitet sich auf den Tsunami afghanischer Migranten vor

30. 08. 2021



Bildquelle: Remix News

### Von Soeren Kern

- Bundesinnenminister Horst Seehofer schätzt, dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen.
- „Ich bin klar dagegen, dass wir jetzt freiwillig mehr Menschen aufnehmen – das wird’s unter meiner Kanzlerschaft auch nicht geben.“ — Österreichischer Bundeskanzler Sebastian Kurz.
- „Als Innenminister bin ich in erster Linie verantwortlich für die in Österreich lebenden Menschen. Das bedeutet vor allem, den sozialen Frieden und den Sozialstaat langfristig zu schützen.“ — Österreichischer Innenminister Karl Nehammer.
- „Für uns ist auch klar, 2015 darf sich nicht wiederholen. Wir werden die Frage Afghanistan nicht durch Migration nach Deutschland lösen können.“ — Paul Ziemiak, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union (CDU) von Bundeskanzlerin Angela Merkel.
- Afghanische Kriminelle, darunter Vergewaltiger und Drogenhändler, die zuvor nach Afghanistan abgeschoben wurden, sind nun mit Evakuierungsflügen nach Deutschland zurückgekehrt. Nach ihrer Ankunft in Deutschland stellten sie sofort neue Asylanträge.
- „Unser Land wird für illegale afghanische Migranten kein Tor nach Europa sein.“ — Griechischer Minister für Migration und Asylum Notis Mitarachi.
- „Wir müssen unsere europäischen Freunde an diese Tatsache erinnern: Europa – das zum Anziehungspunkt für Millionen von Menschen geworden ist – kann sich nicht aus dem afghanischen Flüchtlingsproblem heraushalten, indem es seine Grenzen hart versiegelt, um die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger zu schützen. Die Türkei hat keine Schuldigkeit, Verantwortung oder Verpflichtung, Europas Flüchtlingslager zu sein.“ — Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan.

**Seite 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 798 vom 02.09.2021**

Die Eroberung Afghanistans durch die Taliban wird eine beispiellose Welle afghanischer Migration nach Europa auslösen, das sich auf die Ankunft von Hunderttausenden – möglicherweise sogar Millionen – von Flüchtlingen und Migranten aus dem vom Krieg zerrütteten Land vorbereitet.

Bundesinnenminister Horst Seehofer äußerte eine unheilvolle Vorahnung und schätzte, dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen. Sollten solche Migrationszahlen eintreten, würde die bisherige Migrationskrise von 2015 – als mehr als eine Million Menschen aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten nach Europa kamen – im Vergleich dazu verblassen.

Seit 2015 haben nach Schätzungen der EU rund 570.000 Afghanen – fast ausschließlich junge Männer – Asyl in der Europäischen Union beantragt. Im Jahr 2020 war Afghanistan nach Syrien die zweitgrößte Quelle von Asylbewerbern in der EU.

**[Artikel weiterlesen \(siehe nächste Seite\):](#)**

**<https://de.gatestoneinstitute.org/17700/europa-afghanische-migranten>**

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*



Dieser Beitrag erschien zuerst bei GATESTONE INSTITUTE, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.



العرب Češti Dan Deut Ελλην Engli Espa Françç עבר Italia ית no nds ski uês кий ska  
بنة na sk sch ακά sh ñol ais ת no nds ski uês кий ska

## **Europa bereitet sich auf den Tsunami afghanischer Migranten vor**

von [Soeren Kern](#)

30. August 2021

Englischer Originaltext: [Europe Braces for Tsunami of Afghan Migrants](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

- 
- Bundesinnenminister Horst Seehofer schätzt, dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen.
  - "Ich bin klar dagegen, dass wir jetzt freiwillig mehr Menschen aufnehmen – das wird's unter meiner Kanzlerschaft auch nicht geben." — Österreichischer Bundeskanzler Sebastian Kurz.
  - "Als Innenminister bin ich in erster Linie verantwortlich für die in Österreich lebenden Menschen. Das bedeutet vor allem, den sozialen Frieden und den Sozialstaat langfristig zu schützen." — Österreichischer Innenminister Karl Nehammer.
  - "Für uns ist auch klar, 2015 darf sich nicht wiederholen. Wir werden die Frage Afghanistan nicht durch Migration nach Deutschland lösen können." — Paul Ziemiak, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union (CDU) von Bundeskanzlerin Angela Merkel.
  - Afghanische Kriminelle, darunter Vergewaltiger und Drogenhändler, die zuvor nach Afghanistan abgeschoben wurden, sind nun mit Evakuierungsflügen nach Deutschland zurückgekehrt. Nach ihrer Ankunft in Deutschland stellten sie sofort neue Asylanträge.
  - "Unser Land wird für illegale afghanische Migranten kein Tor nach Europa sein." — Griechischer Minister für Migration und Asylum Notis Mitarachi.
  - "Wir müssen unsere europäischen Freunde an diese Tatsache erinnern: Europa – das zum Anziehungspunkt für Millionen von Menschen geworden ist – kann sich nicht aus dem afghanischen Flüchtlingsproblem heraushalten, indem es seine Grenzen

hart versiegelt, um die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger zu schützen. Die Türkei hat keine Schuldigkeit, Verantwortung oder Verpflichtung, Europas Flüchtlingslager zu sein." — Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan.



Die Eroberung Afghanistans durch die Taliban wird eine beispiellose Welle afghanischer Migration nach Europa auslösen. Im Bild: Afghanische Asylbewerber steigen am 24. August 2021 auf dem Luftwaffenstützpunkt Torrejon de Ardoz in Spanien aus einem Evakuierungsflug aus Afghanistan aus. (Foto von Pierre-Philippe Marcou/AFP via Getty Images)

Die Eroberung Afghanistans durch die Taliban wird eine beispiellose Welle afghanischer Migration nach Europa auslösen, das sich auf die Ankunft von Hunderttausenden – möglicherweise sogar Millionen – von Flüchtlingen und Migranten aus dem vom Krieg zerrütteten Land vorbereitet.

Bundesinnenminister Horst Seehofer äußerte eine unheilvolle Vorahnung und [schätzte](#), dass bis zu fünf Millionen Menschen versuchen werden, Afghanistan in Richtung Europa zu verlassen. Sollten solche Migrationszahlen eintreten, würde die bisherige Migrationskrise von 2015 – als mehr als eine Million Menschen aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten nach Europa kamen – im Vergleich dazu verblassen.

Seit 2015 haben nach [Schätzungen](#) der EU rund 570.000 Afghanen – fast ausschließlich junge Männer – Asyl in der Europäischen Union beantragt. Im Jahr 2020 war Afghanistan nach Syrien die [zweitgrößte Quelle](#) von Asylbewerbern in der EU.

Afghanische Männer, von denen viele [besonders schwer](#) zu assimilieren oder in die europäische Gesellschaft zu integrieren sind, waren in den letzten Jahren für Hunderte –

möglicherweise Tausende – sexueller Übergriffe gegen einheimische europäische Frauen und Mädchen [verantwortlich](#). Die Ankunft von Millionen weiterer Afghanen in Europa deutet auf einen erheblichen zukünftigen [sozialen Aufruhr](#) hin.

Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind wie üblich [gespalten](#), wie sie sich auf die kommende Migrationsflut vorbereiten sollen. Die Staats- und Regierungschefs einiger Länder sagen, dass sie eine humanitäre Verpflichtung haben, eine große Zahl afghanischer Migranten aufzunehmen. Andere argumentieren, dass es an der Zeit sei, dass islamische Länder die Last tragen.

Ursula von der Leyen, Leiterin der **Europäischen Kommission**, der Exekutive der Europäischen Union, [sagte](#), dass die EU eine "moralische Verantwortung" habe, diejenigen aufzunehmen, die vor den Taliban fliehen. Die Staats- und Regierungschefs vieler EU-Mitgliedstaaten sind anderer Meinung.

In **Österreich**, das in den letzten Jahren über 40.000 Afghanen [aufgenommen](#) hat (die zweithöchste Zahl in Europa nach [Deutschland](#) mit 148.000 Afghanen), hat Bundeskanzler Sebastian Kurz versprochen, dass sein Land keine weiteren aufnehmen wird. In einem Interview mit dem österreichischen Sender Puls 24 [sagte er](#), dass Österreich bereits einen "unverhältnismäßig großen Beitrag" für Afghanistan geleistet habe:

"Ich bin klar dagegen, dass wir jetzt freiwillig mehr Menschen aufnehmen – das wird's unter meiner Kanzlerschaft auch nicht geben."

Der österreichische Innenminister Karl Nehammer [forderte](#) in einer gemeinsamen Erklärung mit Außenminister Alexander Schallenberg die Abschiebung von illegal in Österreich befindlichen Afghanen in islamische Länder, da sie nach EU-Recht nicht mehr nach Afghanistan abgeschoben werden können:

"Sollten Abschiebungen aufgrund der uns durch die Europäische Menschenrechtskonvention auferlegten Einschränkungen nicht mehr möglich sein, müssen Alternativen in Betracht gezogen werden. Abschiebungszentren in der Region um Afghanistan wären eine Möglichkeit. Das erfordert die Stärke und Unterstützung der Europäischen Kommission."

Nehammer [bestand](#) in einem Interview mit der Nachrichtenagentur APA darauf, dass Abschiebungen eher als Sicherheitsproblem denn als humanitäre Angelegenheit angesehen werden sollten:

"Es ist einfach, ein generelles Abschiebungsverbot nach Afghanistan zu fordern, aber andererseits die zu erwartenden Migrationsbewegungen zu ignorieren. Wer Schutz braucht, muss diesen so nah wie möglich an seinem Herkunftsland erhalten."

"Ein generelles Abschiebungsverbot ist ein Pull-Faktor für illegale Migration und befeuert nur das rücksichtslose und zynische Geschäft der Schmuggler und damit der organisierten Kriminalität."

"Als Innenminister bin ich in erster Linie verantwortlich für die in Österreich lebenden Menschen. Das bedeutet vor allem, den sozialen Frieden und den Sozialstaat langfristig zu schützen."

Schallenberg [fügte hinzu](#):

"Die Krise in Afghanistan spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Konflikte und Instabilität in der Region werden früher oder später auf Europa und damit auf Österreich übergreifen."

Eine von *Österreich 24* veröffentlichte Meinungsumfrage [zeigte](#), dass fast drei Viertel der Befragten die harte Linie der österreichischen Regierung zur afghanischen Migration unterstützen. Die Umfrage [verknüpfte](#) die Unterstützung mit einem hochkarätigen Kriminalfall, bei dem vier Afghanen in Wien ein 13-jähriges Mädchen [unter Drogen setzten und vergewaltigten](#), das erwürgt wurde, das Bewusstsein verlor und starb.

In **Deutschland** ist die Migration aus Afghanistan zu einem wichtigen Thema vor den für den 26. September geplanten Bundestagswahlen geworden. Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU von Bundeskanzlerin Angela Merkel, [sagte](#), dass Deutschland die Migrationspolitik der offenen Tür nicht weiterführen sollte, die Merkel 2015 verfolgte, als sie mehr als eine Million Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten ins Land ließ. In einem Interview mit dem deutschen Sender n-tv [sagte](#) er:

"Für uns ist auch klar, 2015 darf sich nicht wiederholen. Wir werden die Frage Afghanistan nicht durch Migration nach Deutschland lösen können."

CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat ebenso wie der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten (SPD) Olaf Scholz zur Afghanistan-Frage geschwiegen. Die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, [forderte](#) dagegen, dass Deutschland weit über 50.000 Afghanen aufnehmen solle. "Das müssen wir aufarbeiten", [sagte](#) sie im ARD-Interview.

Inzwischen sind afghanische Kriminelle, darunter Vergewaltiger und Drogenhändler, die zuvor nach Afghanistan abgeschoben wurden, mit Evakuierungsflügen nach Deutschland [zurückgekehrt](#). Nach ihrer Ankunft in Deutschland stellten sie sofort neue Asylanträge. "Es ist kein völlig neues Szenario, dass Menschen nach Deutschland kommen, die zuvor abgeschoben wurden", [sagte](#) ein Sprecher des Innenministeriums.

In **Frankreich** hat Präsident Emmanuel Macron eine koordinierte europäische Reaktion [gefordert](#), um eine Massenmigration aus Afghanistan zu verhindern:

"Die Destabilisierung Afghanistans wird wahrscheinlich den Strom irregulärer Migration nach Europa verstärken ... Europa allein wird die Folgen der aktuellen Situation nicht tragen können. Wir müssen große irreguläre Migrationsströme, die diejenigen gefährden, die Teil davon sind, und den Menschenhandel aller Art anheizen, einplanen und uns davor schützen."

Marine Le Pen, die vor den für April 2022 angesetzten französischen Präsidentschaftswahlen in den [Umfragen](#) mit Macron Kopf an Kopf steht, sagte, Frankreich solle "Nein" zur massiven Migration afghanischer Flüchtlinge sagen. Eine Petition auf der Website ihrer Partei – "Afghanistan: NEIN zu einer neuen Migrationsautobahn!" – [sagte](#):

"Wir sind uns der menschlichen Tragödien und der offensichtlichen Not einiger legitimer Flüchtlinge voll bewusst. Aber das Asylrecht darf nicht so bleiben, wie es jetzt ist, das Trojanische Pferd der massiven, unkontrollierten und aufgezwungenen Einwanderung, des Islamismus, und in einigen Fällen von Terrorismus, wie es bei bestimmten Dschihadisten der Fall war, die in die Anschläge vom 13. November 2015 involviert waren [Datum, an dem in Paris eine Reihe koordinierter dschihadistischer Angriffe stattfand, bei denen mehr als 130 Menschen getötet und mehr als 400 verletzt wurden]."

"Die Bürgermeister einiger Großstädte haben bereits angekündigt, Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Dies ist unserer Meinung nach ein offensichtliches Risiko für ihre Mitbürger.

"Uns geht es in erster Linie um den Schutz unserer Landsleute."

Unterdessen wurden nach [Angaben](#) des französischen Innenministeriums fünf Afghanen, die nach Frankreich geflogen wurden, wegen mutmaßlicher Verbindungen zu den Taliban unter Anti-Terror-Überwachung gestellt. Einer der Männer, der für die französische Botschaft in Kabul arbeitete, gab im Verhör zu, zuvor einen Taliban-Checkpoint geleitet zu haben. Gegen weitere 20 nach Frankreich gebrachte Afghanen wird wegen Asylbetrugs [ermittelt](#).

In **Griechenland** hat die Regierung aus Angst vor einer Wiederholung der Migrationskrise von 2015 einen 40 km langen [Zaun errichtet](#) und ein neues Überwachungssystem an der Grenze zur Türkei installiert, um afghanische Migranten davon abzuhalten, nach Europa zu gelangen. In den letzten Jahren war Griechenland ein wichtiges Tor nach Europa für Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten.

Der Minister für öffentliche Ordnung, Michalis Chrisochoidis [sagte](#):

"Wir können nicht passiv auf die möglichen Auswirkungen warten. Unsere Grenzen werden sicher und unverletzlich bleiben."

Der griechische Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarachi, fügte hinzu, die EU müsse "die richtigen Botschaften" senden, um eine neue Migrationskrise zu vermeiden, "die Europa nicht schultern kann". Er [betonte](#): "Unser Land wird kein Tor nach Europa sein für illegale afghanische Migranten."

In **Italien** [forderte](#) Premierminister Mario Draghi die Gruppe der 20 großen Volkswirtschaften auf, einen Gipfel zur Lage in Afghanistan abzuhalten. Die italienische Zeitung *La Repubblica* [vermerkte](#):

"Die G20 hat für Draghi einen strategischen Wert: In diesem Forum kann und muss man eine Verpflichtung eingehen, die nicht nur die Kräfte eines Westens bindet, der aus seiner zwanzigjährigen Mission in Afghanistan angeschlagen ist, sondern auch und vor allem jene Länder wie China, Russland, Saudi-Arabien und die Türkei, die Interessen und Einfluss auf den selbsternannten islamischen Staat haben."

In Großbritannien [kündigte](#) Premierminister Boris Johnson in einer Erklärung vor dem Parlament einen Plan zur Aufnahme von 20.000 afghanischen Migranten an:

"Wir müssen mit der Welt umgehen, wie sie ist, und akzeptieren, was wir erreicht haben und was wir nicht erreicht haben ..."

"Wir werden weder Menschen nach Afghanistan zurückschicken noch werden wir wahllos zulassen, dass Menschen aus Afghanistan in dieses Land kommen."

"Wir wollen großzügig sein, aber wir müssen auf unsere eigene Sicherheit achten."

In der **Türkei** baut die Regierung eine 295 km lange Mauer entlang der Grenze zum Iran, um einen erneuten Zustrom von Migranten aus Afghanistan zu verhindern. Der türkische

Präsident Recep Tayyip Erdoğan [sagte](#), eine neue Migrationswelle sei "unvermeidlich", wenn Afghanistan und der Iran ihre Grenzen nicht sicherten. Er [fügte hinzu](#), dass die Türkei kein "Flüchtlingslager" für fliehende Afghanen werden wird:

"Wir müssen unsere europäischen Freunde an diese Tatsache erinnern: Europa – das zum Anziehungspunkt für Millionen von Menschen geworden ist – kann sich nicht aus dem afghanischen Flüchtlingsproblem heraushalten, indem es seine Grenzen hart versiegelt, um die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger zu schützen. Die Türkei hat keine Schuldigkeit, Verantwortung oder Verpflichtung, Europas Flüchtlingslager zu sein."

Inzwischen kommen Tausende afghanischer Migranten in Ländern in ganz Europa an, darunter [Belgien](#), [Dänemark](#), [Estland](#), [Finnland](#), [Irland](#), [Kroatien](#), [Lettland](#), [Luxemburg](#), [Norwegen](#), [Polen](#), [Portugal](#), [Serbien](#) [Schweden](#) und [Ungarn](#).

**Albanien, Mazedonien** und **Kosovo** ([hier](#), [hier](#) und [hier](#)) haben zugestimmt, Hunderte von Afghanen, die mit westlichen Friedenstruppen zusammengearbeitet haben und jetzt von den Taliban bedroht werden, vorübergehend unterzubringen.

**Spanien** [sagte](#), dass es vorübergehend bis zu 4.000 afghanische Migranten auf zwei von den Vereinigten Staaten genutzten Militärstützpunkten aufnehmen würde.

**Slowenien**, das derzeit die sechsmonatige rotierende EU-Ratspräsidentschaft innehat, [sagte](#), dass die Europäische Union einen Anstieg der afghanischen Migration nicht zulassen werde. Premierminister Janez Janša [twitterte](#):

"Die #EU wird keine europäischen 'humanitären' oder Migrationskorridore für #Afghanistan öffnen. Wir werden nicht zulassen, dass sich der strategische Fehler von 2015 wiederholt. Wir werden nur Personen helfen, die uns während der #NATO-Operation geholfen haben. Und den EU Mitgliedern, die unsere Außengrenze schützen."

Inzwischen sind Dutzende afghanischer Migranten entlang der Grenze zwischen **Polen** und Weißrussland [gefangen](#). Polen und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen [sagten](#), dass die Praxis des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, Migranten über ihre Grenzen zu schicken, ein Akt der "hybriden Kriegsführung" sei. Lukaschenko wird [vorgeworfen](#), Rache für Sanktionen zu suchen, die die EU wegen seiner umstrittenen Wiederwahl verhängt hat, und gegen abweichende Meinungen vorzugehen.

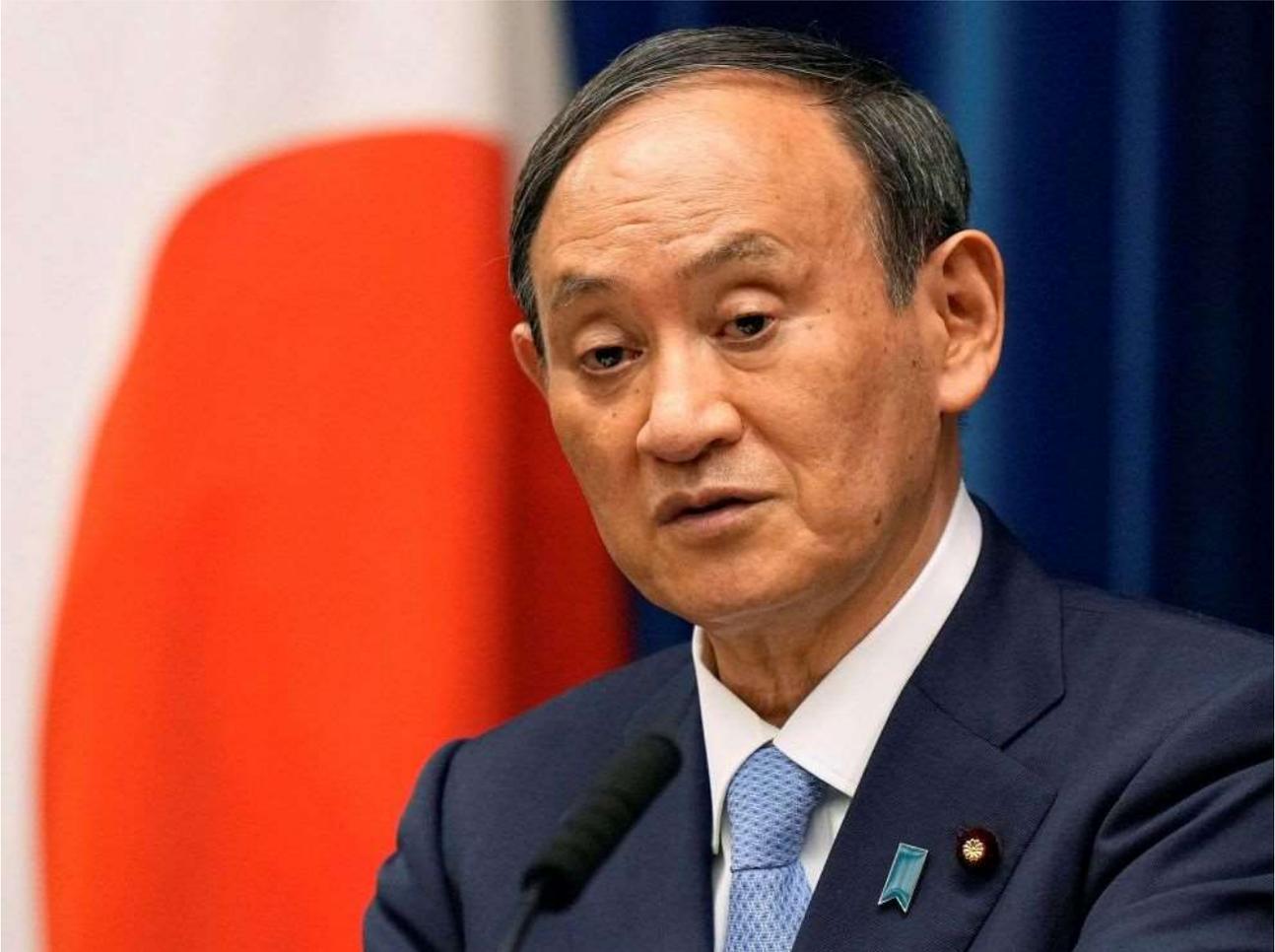
Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki [sagte](#), obwohl er mit den afghanischen Migranten sympathisierte, sagte er, dass sie "ein Werkzeug in den Händen von Herrn Lukaschenko" seien und dass Polen "dieser Art von Erpressung" nicht nachgeben werde.

[Soeren Kern](#) ist ein Senior Fellow am New Yorker [Gatestone Institute](#).

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**03) Afghanistan: Japan hat nur 15 von 500 Personen (Hunderte von Afghanen und einige Japaner) evakuiert**

30. 08. 2021



Bildquelle: FDS

Fünfzehn Tage nach dem Fall der afghanischen Hauptstadt haben die Japaner nur etwa fünfzehn von 500 Personen evakuiert.

Missverständnisse, mangelnde Vorbereitung und fehlende Ressourcen erklären diesen Misserfolg.

Ein Japaner und etwa 15 Afghanen, nicht mehr. Die Flugzeuge der von Japan nach Afghanistan entsandten Militärmission konnten Mitte der Woche auf dem internationalen Flughafen von Kabul landen, kehrten aber am Freitag mit insgesamt weniger als 20 Personen zu einer vorläufigen Basis in Pakistan zurück. Die C-2 und die beiden entsandten C-130 hofften, in mehreren Rotationen etwa 500 Personen (einige japanische Staatsangehörige und hauptsächlich Afghanen, die für japanische Agenturen gearbeitet hatten), die das Land verlassen wollten, zu evakuieren. Sie konnten jedoch nicht zum Flughafen gelangen. Tokio kam zu spät.

Die japanische Botschaft in Kabul wurde am 15. August geschlossen, und die japanischen Diplomaten wurden mit britischen Flugzeugen nach Katar ausgeflogen.



[Libération](#)

[@libe](#)

Rapatriements depuis Kaboul : l'énorme «mauvais calcul» du Japon Les Japonais n'ont évacué qu'une quinzaine de personnes sur 500. Méprise, impréparation et manque de ressources expliquent ce ratage...



[Rapatriements depuis Kaboul : l'«énorme mauvais calcul du Japon»](#)  
[Quinze jours après la chute de la capitale afghane, les Japonais n'ont évacué qu'une quinzaine de personnes sur 500. Méprise, impréparation et manque de ressources expliquent ce ratage.](#)

[liberation.fr](#)

[3:01 nachm. · 29. Aug. 2021](#)

[Link zum Tweet kopieren](#)

[https://www.liberation.fr/international/asia-pacifique/rapatriements-depuis-kaboul-lenorme-mauvais-calcul-du-japon-20210829\\_NFQVD5LTUVGQNL5M4GQPDV46VU/?utm\\_medium=Social&xtr=CS7-51-&utm\\_source=Twitter#Echobox=1630238194-1](https://www.liberation.fr/international/asia-pacifique/rapatriements-depuis-kaboul-lenorme-mauvais-calcul-du-japon-20210829_NFQVD5LTUVGQNL5M4GQPDV46VU/?utm_medium=Social&xtr=CS7-51-&utm_source=Twitter#Echobox=1630238194-1)

---

Quelle: [Fdsouche](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**04) Lithium könnte Afghanistan reich machen. Afghanistans Mineralreichtum bringt der Taliban-Führung viel Geld ein**

Von Orsolya Somogyi

26. 08. 2021



Foto: 123rf

Obwohl die Vereinigten Staaten Hunderte von Millionen Dollar in die Entwicklung der afghanischen Bergbauindustrie gesteckt haben, haben sie fast nichts zurückbekommen. Dabei könnte eines der ärmsten Länder der Welt mit seinen Bodenschätzen eine Menge Geld verdienen, das nun der Taliban-Führung zugute kommen könnte.

In den letzten Wochen hat sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Afghanistan gerichtet und damit auch der internationale Diskurs über dessen Bodenschätze. Dieser riesige Mineralienreichtum ist nun den Taliban in den Schoß gefallen. US-Militär- und Geologieexperten schätzten 2010, dass eines der ärmsten Länder der Welt über Vorräte an Kupfer, Eisen, Lithium, Kobalt und seltenen Erden im Wert von tausend Milliarden Dollar (310 Milliarden Forint) verfügt.

**Verpassen einer blühenden Zukunft**

Bisher wurde fast nichts getan, um diese Reserven zu nutzen, obwohl der Wettbewerb um Rohstoffe zwischen den Herstellern in der Technologiebranche schon vor Jahren begonnen hat. Der Nachfrageschub hat auch den Wert der Vorräte in die Höhe getrieben, die die afghanische Regierung 2017 auf das Dreifache ihres früheren Wertes schätzte.

Lithium, der wichtigste Rohstoff für Batterien, ist zwar nicht selten, aber nur wenige Länder haben große Vorräte – Chile, China und Bolivien sind die größten – und Afghanistan könnte aufholen.

Das wäre ein gutes Geschäft gewesen, denn die Nachfrage nach Lithium steigt derzeit um 20 % pro Jahr, und einigen Schätzungen zufolge muss bis zum Ende des Jahrzehnts weltweit das Vierfache der derzeitigen Menge an Lithium gefördert werden.

Wenn das Land auf diesen Zug aufspringt, könnte Afghanistan das Saudi-Arabien des Lithiums werden.

### **Diversifizierung möglich**

Erwähnenswert ist auch Kupfer, das für die Energiewende und die Elektrifizierung noch wichtiger ist. Rund dreißig Millionen Tonnen sind in den afghanischen Regionen verborgen. Die Bedeutung des Kupfers wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass für Windturbinen und die dazugehörige Infrastruktur 2,5 bis 6,4 Tonnen Kupfer pro Megawatt benötigt werden, verglichen mit 5,5 Tonnen für Solarzellen. Und während die Nachfrage nach Kupfer stetig steigt, wird das Angebot aufgrund von Konflikten um Minen und den hohen Kosten für die Erschließung neuer Vorkommen immer knapper. Um die Produktion bis 2030 um mindestens 4,7 Millionen Tonnen zu steigern, müsste die Branche rund 100 Milliarden Dollar investieren. Andernfalls könnte die Produktion um genau diesen Betrag sinken.

Afghanistan könnte auch eine Million Tonnen Seltene Erden produzieren, da sich die Nachfrage in den letzten fünfzehn Jahren auf 125.000 Tonnen pro Jahr verdoppelt hat. Unter dem afghanischen Territorium befinden sich außerdem zwei Milliarden Barrel Öl und erhebliche Mengen an Erdgas.

Und obwohl der Westen bereits das Ende des Ölzeitalters sieht – oder voraussieht -, besteht kaum ein Zweifel daran, dass die Taliban-Führung mehr an der Ausbeutung der immer noch wichtigen Ressource interessiert ist als an Klimaschutz und internationalen Trends.

Die Frage ist, ob die neue Führung über die materiellen und intellektuellen Ressourcen verfügt, um dies zu erreichen.

### **Ein moralisches und geschäftliches Dilemma**

Die Vereinigten Staaten haben fast eine halbe Milliarde Dollar (155 Milliarden Forint) für die Regulierung der Bergbauindustrie in Afghanistan ausgegeben. Die Investitionen haben sich jedoch nicht ausgezahlt, nicht zuletzt, weil die afghanische Regierung zögerte, ernsthafte Verpflichtungen einzugehen – gerade weil die Region von Konflikten geplagt ist. Der Schlüssel zur Entwicklung jeder Grundstoffindustrie ist relative politische Stabilität, und es ist die Entschlossenheit der Taliban-Führung, die dem Land diese Stabilität bringen könnte, wenn auch nicht in idealer Form. Dies könnte ein ernsthaftes Dilemma für rohstoffhungrige Staaten und Unternehmen darstellen, von denen nur wenige gerne damit werben würden, dass sie mit ihren Käufen eine bewaffnete islamistische Gruppe unterstützen. In den letzten Jahren haben sich die Anleger zunehmend von nicht nachhaltigen oder sogar moralisch verwerflichen Optionen abgewandt.

Aber angesichts des Geschäftsbewusstseins, das derzeit mit dem Abbau von Rohstoffen verbunden ist – der Kinderarbeit, Sklaverei und ungezügelter Umweltzerstörung zulässt -, ist es vielleicht nicht ganz undenkbar, dass es der Taliban-Führung letztlich gelingt, den Bodenschatz Afghanistans auszubeuten.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**05) Taliban an den Westen: „Hört auf, unsere Bürger zur Auswanderung einzuladen, der Krieg ist vorbei“**

25. 08. 2021



Flughafen Kabul · Bildquelle: VoxNews

Die Taliban haben die Straße zum Flughafen Kabul blockiert, sagte der Sprecher der Terrorgruppe, Zabiullah Mujahid.

Der Sprecher fügte hinzu, dass von nun an nur noch ausländische Staatsbürger den Flughafen erreichen können, den einzigen Weg aus dem Land, der nicht über Taliban-Kontrollpunkte führt.

Mujahid rief die Afghanen, die in der Hoffnung, im Westen zu schnorren, auf den Flughafen Kabul, sein Gelände und sogar auf die Startbahn geströmt waren, zur Rückkehr auf. „Wir garantieren ihre Sicherheit“, fügte er hinzu.

Der Taliban-Sprecher forderte die Afghanen, insbesondere die Beschäftigten im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und bei der Verkehrsregelung, auf, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Zabihullah Mujahid sagte, das Ausland solle aufhören, Afghanen zur Ausreise zu ermutigen, da Afghanistan ihre Talente brauche. Er sagte, die afghanischen Bürger sollten zu ihren Häusern, ihrer Arbeit und ihrem normalen Leben zurückkehren, da für sie „keine Gefahr“ bestehe. „Wir leben zusammen. Der Krieg ist für uns vorbei“, fügte er hinzu.

Der Taliban-Sprecher verurteilte auch die Aufforderung der USA an die Afghanen, das Land zu verlassen, und forderte Washington auf, ein solches Verhalten nicht länger zu fördern.

Mujahid wandte sich insbesondere an die afghanischen Dolmetscher, die einst für die NATO arbeiteten und nun Vergeltungsmaßnahmen der Taliban fürchten und hoffen, dass die abziehenden Truppen sie evakuieren werden. Der Sprecher versicherte, dass die Dolmetscher nicht zu Schaden kämen.

Quelle: [VoxNews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**06) Abgeschobener Vergewaltiger und Dealer-Duo kehren per Evakuierungsflug zurück: stellen sofort Asylantrag**

25. 08. 2021



Bild: Shutterstock

**Von SVEN REUTH | 2015 wiederholt sich nicht? Von wegen! Nach polizeilichen Erkenntnissen ist es am Flughafen Kabul schon mehreren Straftätern gelungen, mit Evakuierungsflügen von Afghanistan wieder nach Deutschland zu kommen.**

Nach Angaben von *Focus Online* stoppte die Bundespolizei am Wochenende drei Männer, die zuvor wegen Straftaten wie Vergewaltigung und Rauschgifthandel aus Deutschland ausgewiesen worden waren. Die afghanischen Straftäter stellten selbstverständlich einen neuen Asylantrag, der nach der Machtergreifung der islamistischen Taliban-Milizen nun deutlich bessere Erfolgsaussichten haben dürfte als zuvor. Zumindest dürften deutsche Gerichte angesichts der Lage des Landes am Hindukusch eine erneute Abschiebung – selbst die eines schwerstkriminellen Sexualstraftäters – ablehnen.

**Nur 576 Ortskräfte, aber Hunderttausende Zuwanderer?**

In der *Welt am Sonntag* hatte der Journalist Marcel Leubacher unter Berufung auf einen hohen Beamten zuvor schon gemeldet, dass es einem aus Deutschland abgeschobenen Straftäter gelungen sei, mit einem Evakuierungsflug wieder zurückzukehren.

Selbst der Naivste wird über diese Meldungen kaum überrascht sein. Während in Medien und Politik in Dauerschleife von der nun notwendigen Evakuierung der Ortskräfte die Rede ist, wird gleichzeitig verschwiegen, dass deren Zahl laut einer Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2018 (Bundestagsdrucksache 19/5454) bei gerade einmal 576 liegt.

Schon jetzt wird also deutlich, dass das in Afghanistan herrschende und vom Westen verursachte Chaos von der Asyllobby unabhängig von der Frage der Ortskräfte dazu genutzt werden wird, um eine weitere große Zuwanderungswelle in Richtung der EU, vor allem aber nach Deutschland, zu initiieren. Und wieder – auch dazu muss man kein Prophet sein –

werden sich wie 2015/2016 auch islamistische Terroristen in die Migrationsströme mischen, um nach Mitteleuropa zu gelangen.

### **Nächstes Staatsversagen voraus**

Das nächste Staatsversagen auf dem Feld der Zuwanderung nimmt jedenfalls schon konkrete Formen an. Die Politik scheint keinen Gedanken daran zu verschwenden, dass Afghanistan ein Land des Mittleren Ostens ist, das keine gemeinsame Grenze mit der EU aufweist. Auch in dem nahöstlichen und vorderasiatischen Zwischenraum zwischen Afghanistan und der EU herrscht größtenteils kein Krieg. Es stellt sich also die Frage, woher nun eigentlich eine Verpflichtung für Deutschland und die EU herrühren soll, in großer Zahl afghanische Flüchtlinge aufzunehmen?

Doch darum geht es – wenn man den Grundtenor der Afghanistan-Berichterstattung in den Medien verfolgt – schon längst nicht mehr. Deutschland hat nichts aus dem Asyl-Tsunami des Jahres 2015 gelernt, hier wird die Massenzuwanderung aus fremden Kontinenten weiterhin zum politischen Selbstzweck verklärt, der Jahr für Jahr unbedingt erfüllt und abgehakt werden muss.



Afghanische und irakische Flüchtlinge im November 2015 an der serbisch-kroatischen Grenze. Werden sich diese Bilder in den nächsten Monaten wiederholen? Foto: Ajdin Kamber | [Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com).

### **Import von Gewalttätern droht**

Welche Kollateralschäden diese Politik in Deutschland selbst hinterlässt, scheint hinterher dann niemanden mehr zu interessieren. Dabei haben gerade Zuwanderer aus Afghanistan in den vergangenen Jahren immer und immer wieder mit den schrecklichsten Bluttaten auf sich aufmerksam gemacht – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich.

So wurde in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni dieses Jahres das aus Niederösterreich stammende 13jährige Mädchen Leonie in Wien unter Drogen gesetzt, schwer misshandelt und missbraucht und schließlich erdrosselt. Als Täter wurden vier Afghanen festgenommen, die offiziell zwischen 16 und 23 Jahren alt sind.

Alterstests ergaben dann aber, dass der vermeintlich 16jährige Täter laut einem Gutachten schon mindestens 20 Jahre alt ist. Und auch das ist eben bei afghanischen Asylbewerbern wohl eher der Normal- als der Ausnahmefall – fast alle verweisen auf angeblich verlorene oder vernichtete Dokumente und machen sich dann erheblich jünger, als sie wirklich sind.

### **Neue Betrugswelle droht**

So kommen sie in den Genuss einer Einstufung als MUFL (minderjähriger unbegleiteter Flüchtling) und sichern sich dadurch für den Steuerzahler sündhaft teure umfangreiche Leistungen, da ein Minderjähriger Anspruch auf Leistungen nach der Jugendhilfe hat und ein kostspieliges „Gesamtpaket“ aus Unterbringung, Ausbildung und Betreuung finanziert bekommt. Im Falle der Begehung schwerster Straftaten wird man außerdem praktischerweise nach Jugendstrafrecht verurteilt.



Der Fall Leonie erinnert an den Mordfall Mia, der sich am 27. Dezember 2017 im südpfälzischen Kandel zutrug, und bei dem ein angeblich 15 Jahre alter und ebenfalls aus Afghanistan stammender Asylbewerber die 15jährige Schülerin Mia mit zahlreichen Messerstichen in einem Drogeriemarkt ermordete. *Foto: privat*

Aber Grenzen der Belastbarkeit des Sozialsystems oder der natürlichen Ressourcen Deutschlands gibt es für die hiesigen Politiker bekanntlich nicht, wenn es darum geht, eine möglichst unregulierte Massenzuwanderung zu fordern. So ist es dann auch leider nur allzu wahrscheinlich, dass sich das Chaos des Asyl-Tsunamis der Jahre 2015/2016 im Laufe der nächsten Monate wiederholen wird.

**Sven Reuth** (\*1973) ist Diplom-Ökonom und schreibt für COMPACT hauptsächlich zu wirtschaftspolitischen Themen. Seit Januar 2021 ist er zudem Online-Redakteur.



Dieser Betrag erschien zuerst bei [COMPACT ONLINE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 07) Invasion von falschen afghanischen „Flüchtlingen“ in Frankreich

25. 08. 2021



Nach Frankreich rückgeführter Afghane, der verdächtigt wird, Verbindungen zu den Taliban zu haben - *Bildquelle: MPI*

Afghanistan fällt nach dem Fiasko der westlichen Einmischung unter der Führung des amerikanischen „Imperiums des Guten“ seit 20 Jahren in die Hände der Taliban, und Frankreich „repatriert“ Afghanen, die zufällig mit eben jenen Taliban in Verbindung stehen, vor denen diese Flüchtlinge eigentlich fliehen sollten...

Die ganze Heuchelei des Asylsystems, der Neusprech der politisch korrekten Behörden, der verrückte Humanismus des Gutmenschentums explodiert vor unseren Augen.

So wurden am Montag, dem 23. August, fünf Afghanen, die eigentlich unter dem Deckmantel einer missbräuchlichen „Rückführung“ als Flüchtlinge gelten wollten, unter Überwachung gestellt, sobald sie in Frankreich an Land gegangen waren. Diese fünf Männer wurden einer „individuellen Maßnahme der administrativen Kontrolle und Überwachung“ unterzogen, die in den Antiterrorgesetzen vorgesehen ist. Vor allem ein Mann hat die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gezogen: „Auch wenn diese Person weitgehend bei der Evakuierung der französischen Botschaft geholfen hat, glauben wir, dass sie mit den Taliban in Verbindung stehen könnte“, erklärte Innenminister Gérard Darmanin gegenüber AFP.

Laut dem Innenminister gab der Mann seine Mitgliedschaft in der Bewegung zu und gestand, als Taliban-Straßensperrler in Kabul Waffen getragen zu haben. „Angesichts der extremen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Sicherheitskontrollen bei Personen, die zurückgeführt werden müssen, haben sich die französischen Behörden bereit erklärt, diese Person und ihre Familie an Bord zu nehmen“, fügte der Minister hinzu. Als der Flug in Abu

Dhabi ankam, führte die Generaldirektion für Innere Sicherheit (DGSI) „die Sicherheitsbefragungen durch, die man in Kabul nicht durchführen konnte“, erklärte er.

Schon jetzt von „Rückführung“ zu sprechen, wie es der Innenminister und viele andere Politiker ohne Gewissen tun, ist ein Missbrauch der Sprache, dieser neuen Sprache, die die Worte verschleiert, um die Ankunft außergemeinschaftlicher Bevölkerungsgruppen mit muslimischen und talibanischen Bräuchen zu verschleiern: Afghanen nach Frankreich zu bringen, ist keine Rückführung, sondern ein Exil! Es sei darauf hingewiesen, dass eine „Rückführung“ nur Franzosen und keine Ausländer betrifft.

In einer Zeit, in der die Franzosen für die geringste ihrer Handlungen einen Gesundheitspass benötigen, in der ihr Haus zur Grenze wird, in der es verboten ist, einen Kaffee auf der Terrasse zu trinken oder mit dem Zug zu fahren, ohne Covid-Maßnahmen zu beachten, grenzt diese bedingungslose Aufnahme tausender ausländischer Afghanen, von denen einige Taliban sind, ohne Pass- oder Gesundheitskontrollen, ohne politische oder sonstige Kontrollen, an Wahnsinn und zeigt, in welchem Ausmaß die derzeitigen Regierungs- und politischen Behörden wissentlich daran arbeiten, ein Migrations-, Terrorismus- und Gesundheitschaos in Europa zu schaffen...

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **08) Afghanische Kriminelle kommen mit Evakuierungsflügen zurück nach Europa**

24. 08. 2021



Bildquelle: Remix News

***Kriminelle und Taliban nutzen den verpuschten Abzug des Westens aus Afghanistan aus***

Ein weiteres Zeichen dafür, wie chaotisch die Evakuierung von Menschen aus Afghanistan geworden ist, ist, wie mehrere Medien berichten, dass sich unter den echten Flüchtlingen auch Islamisten und ehemals abgeschobene Kriminelle befinden, die in militärischen Transportflugzeugen zurück in den Westen geflogen werden.

Zwar sollen alle Evakuierten auf einer vorgegebenen Checkliste stehen, die von den Militärkommandanten, die den Prozess leiten, geführt wird, aber es scheint, dass die Kontrollen entweder lax gehandhabt werden oder angesichts des völligen Zusammenbruchs des verpuschten militärischen Rückzugs aus dem Land nicht durchführbar sind. Sicher ist derzeit nur, dass die westlichen Gesellschaften nicht nur die Kosten für die Unterbringung und Integration Zehntausender afghanischer Bürger zu tragen haben, sondern auch mit dem Sicherheitsrisiko fertig werden müssen, das von Kabul aus eingeflogen wird, weil die Behörden kaum oder gar nicht wissen, wen sie da „retten“.

Berichten zufolge sitzen zwar immer noch deutsche Staatsbürger und afghanische Beamte, die die Bemühungen der deutschen Regierung wirklich unterstützt haben, im Land fest, aber Menschen, die auf mysteriöse Weise die Warteschlange überspringen und in Bundeswehrflugzeuge einsteigen können, werden willkürlich nach Deutschland zurückgeflogen. In der vergangenen Woche wurde beispielsweise ein afghanischer Krimineller, der kürzlich wegen schwerer Straftaten aus Deutschland abgeschoben worden war, an Bord eines Evakuierungsfluges entdeckt, als dieser in Deutschland landete. Die Identität des Mannes wurde der Presse nicht mitgeteilt, aber es ist nun völlig unwahrscheinlich, dass er aufgrund eines Abschiebestopps in sein Herkunftsland zurückgeschickt werden wird. Das deutsche Verteidigungsministerium hat auf eine Medienanfrage zu dem Fiasko erklärt, dass aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage vor Ort die Durchführung internationaler Datenbank- und Fingerabdruckkontrollen am Flughafen Kabul nicht möglich ist.

Obwohl das Verteidigungsministerium versprochen hatte, die Ausweise aller Evakuierten zu überprüfen und alle an Bord befindlichen Personen mit der Berechtigungsliste des Auswärtigen Amtes abzugleichen, wird dies vor Ort offensichtlich nicht durchgeführt. Eine andere, weniger wahrscheinliche Erklärung wäre, dass der Kriminelle auf einer offiziellen Evakuierungsliste stand, was angesichts des derzeitigen Zustands der deutschen Einwanderungspolitik nicht völlig ausgeschlossen werden kann.

Während die deutschen Botschaftsangehörigen in Kabul ihre eigene Evakuierung organisieren mussten, weil Berlin ihre Rettung verzögert hatte, werden die Evakuierungsflüge der Bundeswehr nun zu einer zweiten Chance für Schwerverbrecher, die sicher sein können, dass sie in absehbarer Zeit nicht nach Afghanistan zurückgeschickt werden.

Eine solche Unfähigkeit ist jedoch nicht auf die Bemühungen der deutschen Regierung beschränkt. Eine Person, die auf einer britischen Flugverbotsliste stand, durfte ebenfalls an Bord eines Militärflugzeugs gehen und hatte es bis zum Flughafen Birmingham geschafft, wo er von Grenzbeamten entdeckt wurde. Er war einer von fünf Verdächtigen, die auf der Flugverbotsliste standen, doch irgendwie war es ihm gelungen, an Bord eines Evakuierungsfluges zu gelangen. Nachdem er von der britischen Grenzpolizei festgehalten worden war, durfte er schließlich einreisen und sich in Großbritannien niederlassen. Ein anderer Verdächtiger, der ebenfalls eingeflogen wurde, wurde auf dem Frankfurter

Flughafen entdeckt, wo ihm die Weiterreise untersagt wurde, während seine Familie nach Großbritannien weiterfliegen durfte.

Über 7.000 der 20.000 Afghanen, die nach Großbritannien umgesiedelt werden sollen, sind bereits eingetroffen, doch berichten britische Beamte von Betrügern unter den Antragstellern und einer wachsenden Zahl von Pass- und Dokumentenfälschungen. James Heapey, der britische Verteidigungsminister, äußerte die Befürchtung, dass islamistische Extremisten die Situation in Kabul ausnutzen.

„Wir würden gerne die Tore öffnen und die Menschen noch schneller einreisen lassen, aber es gibt Leute, die versuchen, auf britische Flüge zu gelangen, die wir bei unseren Kontrollen als auf der britischen Flugverbotsliste stehend identifiziert haben“, sagte er.

Auch Frankreich hat einen Fall gemeldet, bei dem ein Verdächtiger mit einem Evakuierungsflug eingeflogen wurde, der im Verdacht stand, Verbindungen zu den Taliban zu haben. Er wurde von vier weiteren Personen begleitet, die unter Beobachtung gestellt wurden.

Quelle: [Remix News](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*